

# Volksstimme

Einzelpreis 150 Milliarden

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pannartz & Co., Magdeburg, Große Münststraße 3. — Fernsprechanstalt: Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. — Preis: 150 Milliarden. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. —

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10gepaltene, 27 Millimeter breite Nonpareilzeile brüch 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig, Familienanzeigen und Stellenangebote 12 1/2 Pfennig, Vereinstatender 20 Pfennig, die 12gepaltene 30 Millimeter breite Reklamazeile brüch 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Satzung zum Dollar geteilt durch 4,20.) Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Platzverwirren keine Gewähr. — Postcheckkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 290.

Magdeburg, Donnerstag den 13. Dezember 1923.

34. Jahrgang.

## Dem Verhungern preisgegeben...

Ueber die Neureglung der Gehalte herrscht in Beamtenkreisen begreiflicherweise die größte Erregung. Selbst die höheren Beamten sehen sich in einer Lage, die sie zur stärksten Einschränkung ihrer Lebenshaltung zwingt, die mittleren und unter stehen aber vor der bangen Frage, wie sie mit den ihnen zugedachten Bezügen auch nur die nackte Existenz fristen sollen.

In dieser Situation hat einer der höchsten und einflussreichsten Beamten des Reiches, der Staatssekretär im Auswärtigen Amt v. Malchahn, einen Vorstoß unternommen, indem er folgendes Protestschreiben gegen die Regierung sämtlichen Ministerien überlieferte:

Die Gehaltskürzungen, die nach der gestrigen Sitzung im Reichsfinanzministerium für die Reichsbeamten in Aussicht genommen wurden, haben den schärfsten Protest der Beamten des Auswärtigen Amtes hervorgerufen und sind auch nach meiner Ansicht nicht tragbar. Sie erreichen auch bei Zurechnung der Ministerialzulage

nach nicht die Hälfte des Friedensgehalts, während die Preise für den Lebensunterhalt sich mindestens auf das Doppelte der Vorkriegszeit belaufen und noch weiter steigen. Die Beamten müßten also mit weniger als einem Viertel ihres früheren Gehalts auskommen, während doch allgemein anerkannt ist, daß auch die früheren Gehalte dem Grundbesitz der altpreussischen Sparjamkeit entsprechend schon sehr knapp waren. Schredlicher noch wäre natürlich die Lage der Pensionäre und Wartegeldempfänger, die direkt dem Verhungern preisgegeben

sind. Ich brauche nicht auszuführen, daß verartige Zustände das gesamte Beamtenamt, auf dem schließlich der Zusammenhalt des Reiches zum großen Teile ruht, völlig zugrunde richten. Auf Teilerleichterungen, wie Verrückung, Notwendigkeit von Nebenbeschäftigung und damit Vernachlässigung des Dienstes, Mangel an Beamtennachwuchs usw., möchte ich in diesem Zusammenhang nur hinweisen. Was namentlich das Auswärtige Amt betrifft, so sind bei der Eigenart seiner Tätigkeit die Beamten bekanntlich besonderen Gefahren ausgesetzt. Auch bedingt der notwendige Verkehr mit ausländischen Diplomaten und andern ausländischen Kreisen erhöhte Aufwendung, die sie schon jetzt kaum tragen können und die in Zukunft zum schweren Schaden des Dienstes überhaupt wegfallen müßte.

Läßt sich hiernach die jetzt beschlossene Gehaltsregulierung nicht tragen, so wird es darauf ankommen, die Abhilfe geschafft werden kann. Ich muß die näheren Erörterungen hierüber dem Finanzministerium überlassen, möchte aber noch gewisse Anregungen geben. Einmal fragt es sich, ob nicht von der Reichsbank höhere Kredite für die Bezahlung der Beamtengehälter herausgeholt werden können, unter Zurückstellung anderer politisch weniger wichtiger Ausgaben, denn ich wiederhole es, daß ein Verzug der Beamtengehälter gerade in der gegenwärtigen, politisch sehr gespannten, vielleicht aber nicht ganz aussichtslosen Lage außenpolitisch verhängnisvoll wäre. Die bloße zahlenmäßige Erhöhung der Gehälter ist aber zwecklos, wie die Entwicklung der letzten Monate deutlich genug gezeigt hat, wenn nicht der

mangellos wucherischen Kursrunn im Inland Einhalt getan wird. Es ist bekannt, daß der Erzeuger für Fleisch, Getreide, Butter, Eier, kurz der wichtigsten Lebensmittel weniger erhält als im Frieden, während die Kleinhandelspreise weit über den Friedensstand gestiegen sind. Es ist nicht meine Sache, zu untersuchen, ob Mangel der Verbesseerordnung oder Mangel an Einsparungen gegen wucherischen Treiben des Groß- oder Kleinhandels oder sonstige Fehler an diesen unerträglichen Zuständen schuld sind. Es ist aber wohl die wichtigste Aufgabe der Regierung, hier Wandel zu schaffen und nicht das wechselläufige Beamtenamt für mangelnde Initiative und Letztfrucht der einzelnen Behörden büßen zu lassen. Jedenfalls ist die jetzige Regelung, die das Beamtenamt gegenüber der andern Bevölkerung viel zu stark belastet, nicht haltbar. Für das Auswärtige Amt muß ich jede Verantwortung für die Folgen einer solchen Politik ablehnen.

Wie die „Deutsche Tageszeitung“ dazu zu melden weiß, hat Malchahn als Antwort „ein geharnischtes Schreiben des Reichsfinanzministers“ erhalten und daraufhin ein Disziplinarverfahren gegen sich selber beantragt.

Staatssekretär Malchahn ist im Irrtum, wenn er annimmt, daß an der Ausbeutung der Not die Erzeuger, d. h. die Landwirte, nicht beteiligt seien. Auch sie nehmen Preise, die weit über der Linie liegen, die für den innern deutschen Markt als berechtigt anerkannt werden können.

Es ist ferner auffallend, daß der Staatssekretär glaubt, es könne den Beamten durch Erhöhung der Rentenmarkkredite geholfen werden. Diese Hilfe wäre nur eine sehr vorübergehende. Anständige Gehälter können nur bezahlt werden, wenn dem Reiche laufend Einnahmen zugeführt werden, die nur aus Steuern fließen können. Es gibt nur eine Partei, die seit jeher energisch eine starke Besteuerung des Besitzes gefordert hat: die Sozialdemokratie, und es war vor allem eine Partei, die diese Besteuerung mit allen Mitteln bekämpft hat, die Deutschnationale, deren Einfluß sich auch die andern bürgerlichen Parteien immer zugänglicher gezeigt haben. Die Be-

amten können sich für ihre neuen Gehälter vor allem bei Sertg und Selferich bedanken.

### Protest der Polizeibeamten.

Zu den schlechtestbezahlten Beamtengruppen gehören die Polizeibeamten. Ihre Besoldung steht in keinem Verhältnis zu den Anforderungen, die der Staat gerade an diese Beamten stellt, von denen er das Höchste, den Einsatz des Lebens, fordert.

Die Reihen der Polizeibeamten sind geradezu erschüttert. Um so höher ist es anzuschlagen, wenn der Vorsitzende des Verbandes der preussischen Polizeibeamten, Schrader, in einer Versammlung der Berliner Polizeibeamten seine eindringlichen Darlegungen mit der Mahnung schloß, trotz allem mit Hingebung und Aufopferung der Republik weiter zu dienen. Die Versammlung war so stark befeuert, daß eine zweite Versammlung abgehalten werden mußte. Eine scharf formulierte Entschiedenheit wurde angenommen.

Eine publige Rolle spielte in der Versammlung ein deutschnationaler Abgeordneter, der behauptete, daß der Reichstag nicht noch in den letzten Tagen die Beamtenfragen geregelt. Dabei waren es die Deutschnationalen, die alles taten, um die Beratungen des Reichstags zu sabotieren. Es gab auch unter den Polizeibeamten einige Leute, die sich noch sehr gut des Felzugs erinnern, den vor kurzem die deutschnationale und die schwerindustriell beeinflusste Presse gegen die „übermäßig hohen Beamtengehälter“ mit dem heute sichtbaren Erfolge geführt hat.

### Die stumme Reichswehr.

Die Polizeibeamten sind wenigstens noch in der Lage, durch ihre Berufsorganisationen auf die Regierungsstellen und auf die Öffentlichkeit zu wirken. Der Reichswehr ist auch diese Möglichkeit genommen, seit die Organisation der Berufsorganisationen für sie verboten ist. Es ist dem Reichswehrsoldaten wirtschaftlich noch nie gut gegangen, zumal den vormaligen Unteroffizieren und Mannschaften samt jenen untern Offizieren, die lediglich auf ihr Gehalt angewiesen sind. Die neue Gehaltsordnung wirft sie in eine unhaltbare Notlage, die sie um so härter trifft, weil die Reichswehr durch das Verbot der Berufsorganisationen stumm und wehrlos gemacht worden ist. Wir haben uns deshalb an den Militärreferenten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gewandt und ihn dringend ersucht, der Reichsregierung, dem Reichswehrminister und dem Chef der Heeresleitung die Notlage auseinanderzusetzen, in welche durch die neue Gehaltsordnung die Reichswehr geraten ist und auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die daraus für das Reich entstehen müssen.

### Abbau bei der Reichsbahn.

Ueber die Absichten der Reichsbahnverwaltung in Bezug auf die Verminderung des Personals teilt eine Korrespondenz folgendes mit:

Die ursprüngliche Absicht der Reichsverkehrsverwaltung, mit dem Personalabbau in ihrem Dienstbereich erst zu beginnen, wenn die auf die Reichsbahn entfallende Anzahl von der Reichsregierung festgesetzt ist, ist vom Reichsverkehrsministerium dahin geändert worden, daß angefangen der steigenden Notlage des Reiches und der besonders schwierigen Lage der Reichsbahn beschloffen wurde, mit dem Personalabbau sofort zu beginnen. Der Reichsverkehrsminister hat am 29. November einen Erlaß herausgegeben, der sich mit den Fragen des Personalabbaues beschäftigt. Es heißt darin, daß bis zum 31. Dezember 1923 fünf Prozent und bis zum 31. Januar 1924 weitere fünf Prozent der Eisenbahnbeamten ausscheiden sollen. Diese Maßnahme bezieht sich auf planmäßige, außerplanmäßige und im Vorbereitungsdienst befindliche Beamte. Die Verwaltung ist sich nicht im Zweifel darüber, daß wegen der Kürze der Zeit die ersten fünf Prozent bis zum 31. Dezember vielleicht nicht erreicht werden können. Für diesen Fall ist angeordnet, daß am 31. Januar 1924 unter allen Umständen insgesamt 10 Prozent abgebaut werden müssen.

Ausdrücklich wird betont, daß es nicht genüge, den derzeitigen Beamten bis zum genannten Termin die Kündigungs schreiben zuzustellen, sondern daß die betreffenden Beamten zu dem genannten Zeitpunkt vollkommen aus dem Eisenbahndienst ausgeschieden sein müssen. Diese Maßnahme gilt auch für das besetzte Gebiet. Die Auswahl der auszuscheidenden Beamten erfolgt nach den in der Personalabbauverordnung niedergelegten Richtlinien. Alle Dienststellen, die mit dem Personalabbau zu tun haben, sind streng darauf aufmerksam gemacht worden, daß Entlassungen nach politischen, gewerkschaftlichen oder konfessionellen Gesichtspunkten auf jeden Fall unzulässig sind. (Es wird der strengsten Aufmerksamkeit der Organisationen bedürfen, wenn gerade diese Bestimmung eingehalten werden soll. Red.)

Wenn durch das Ausscheiden der nicht voll leistungsfähigen Beamten der geforderte Hundertsatz bis zu den genannten Terminen nicht erreicht werden sollte, sollen weiter die über jeztzig Jahre alten Beamten auszuschneiden haben. Ueber das Ausscheiden der Beamten von Gruppe 10 und aufwärts entscheidet der Reichsverkehrsminister.

Infolge der äußerst schwierigen Lage der Reichsbahn ist es nicht angängig, daß künftig bei der Reichsbahn mehr Schwerbeschädigte beschäftigt werden, als durch Gesetz vorgeschrieben ist. Da gegenwärtig der gesetzliche Hundertsatz bei der Reichsbahn überschritten ist, wird, allerdings in geringem Umfang, auch zur Entlassung von Schwerbeschädigten geschritten werden müssen. (Der Hinauswurf von Opfern des Krieges wäre so empörend, daß wir an der Richtigkeit der Mitteilung zweifeln müssen. Red.)

Den örtlichen Beamtenvertretungen soll in gewissem Umfang eine Beteiligung zugestanden werden. Eine nachteilige Verzögerung darf dadurch nicht hervorgerufen werden.

Auch bei den Eisenbahnarbeitern müssen bis zum 31. Januar 1924 mindestens 10 Prozent des vorhandenen Personals ausgeschieden sein. Die Arbeiter des französisch-belgisch besetzten Gebiets sollen bis zum 31. d. M. restlos entlassen werden. Beamte und Arbeiter, die aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen sind, sollen zunächst von der Entlassung nicht betroffen werden.

### Eine amtliche Erklärung.

Der Finanzminister hat sich am Dienstag mit der Beamtenbau-Berordnung und dem Beamtengehalt. Die Besprechung war vertraulich, ein Bericht liegt deshalb nicht vor.

Auch das Reichskabinett nahm nach der Besprechung der Finanzminister nochmal Stellung wie, darüber gibt folgende amtliche Erklärung Auskunft:

Das Reichskabinett hat sich erneut mit der Frage der Beamtenbesoldung befaßt. Die wiederholte Befassung erklärt sich aus den außerordentlichen Sorgen, die mit den geringen Besoldungen verknüpft sind. Ebenso wie die Staatssekretäre in ihrer gemeinschaftlichen Niederschrift muß inessen die Reichsregierung an den beschlossenen Sähen festhalten, weil unsere Finanznot eine andere Regelung durchaus nicht zuläßt. Dabei sei ausdrücklich bemerkt, daß bei einer allgemeinen Steigerung der Renten durch Änderung der Gesetzgebung, sofern, wie beabsichtigt, aus dieser Quelle auch dem Reich und den andern öffentlichen Verbänden unmittelbar oder mittelbar Beträge zufließen, eine Erhöhung des Wohlfühlungsgeldes in Aussicht genommen ist. Ferner ist selbstverständlich, daß die Gehälter eine Besserung erfahren müssen, sobald die öffentlichen Finanzen wieder einigermaßen in Ordnung sind. Gerade die jetzige äußerste Einschränkung ist eine Voraussetzung dafür, daß eine solche Besserung überhaupt erzielt werden kann.

Diese in Aussicht gestellten Zukunftswünsche mühen den Beamten verdammt wenig. Warum gibt die Reichsregierung nicht an, wie sie die Finanzen in Ordnung bringen will. Das Ermächtigungsgesetz hat ihr die Möglichkeit gegeben, durch scharfe Besteuerung des Besitzes sehr reich dem Reich Einnahmen zu verschaffen.

## Wer hat die Steuerlast getragen?

Fast ein volles Jahrzehnt hat das Deutsche Reich die Grundzüge einer ordentlichen Finanzgebarung vernachlässigt. Von wenigen erfolglosen Versuchen zur Schaffung von Besitzsteuern abgesehen, sind die Einnahmen des Reiches in der gesamten Zeit in der Hauptsache durch die Belastung des Verbrauchs und des Lohnverhältnisses erzielt worden. Die größte Einnahmequelle für das Reich war die Inflation, die Aufblähung mit Papiergeld, jene unsozialste Form der Deckung der Staatslasten, die zu der größten Wirtschaftsrevolution der Weltgeschichte geführt hat. Mit dem völligen Verfall der Reichsfinanzen, mit dem unaufhaltbaren katastrophalen Sturz der Papiermark, der sogar zur Verweigerung ihrer Annahme als Zahlungsmittel geführt hat, ist sie als Mittel der Finanzierung des Reiches unmöglich geworden. Der Weg der Inflation ist für die deutsche Wirtschaft endgültig verschlossen, so hat am 6. Dezember der Reichsfinanzminister Luther im Reichstag erklärt.

Diese Erklärung, falls sie innegehalten wird, bedeutet, daß das Reich von nun an alle seine Ausgaben durch Steuern decken muß. Damit ist die bisherige Haltung der Sozialdemokratie zur Steuer- und Finanzpolitik des Reiches glänzend gerechtfertigt. Denn so groß auch die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der bürgerlichen Parteien gewesen sind, in einem waren sie immer völlig einig: in der Ablehnung einer die leistungsfähigen Schichten des Volkes wirksam treffenden Besitzbesteuerung, damit die Inflation als Quelle reicherer Gewinne ja nicht zum Verfliegen kommt.



## Um die Arbeitsaufnahme zu erzwingen.

Da alle Bemühungen der Gewerkschaftsorganisationen, in der Metallindustrie des Ruhrgebiets mit den Unternehmern zu einer vernünftigen Regelung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kommen, an der Haltung der Großindustriellen gescheitert sind, haben die Gewerkschaften eine Gegenaktion eingeleitet.

In einem am Dienstag zur Verteilung gelangten Flugblatt fordern die Gewerkschaftsleitungen die Arbeiter auf, sich an ihre Arbeitsplätze zu begeben und abzuwarten, ob ihnen Arbeit zugewiesen wird oder nicht. Wird ihnen Arbeit zugewiesen, so haben sie dieselbe gewissenhaft und sorgfältig auszuführen. Wird ihnen keine Arbeit zugewiesen, so bleiben sie trotzdem an ihrem Arbeitsplatz. Arbeitende sind nicht zu stören, Nichtarbeitende haben nur Anspruch auf die Erwerbslosenunterstützung. Alle Arbeiter, ob sie arbeiten oder nicht, verlassen nach 8 Stunden den Betrieb; niemand darf länger als 8 Stunden arbeiten. Dieser Vorgang wiederholt sich täglich, bis auf die eine oder andere Weise eine Verständigung mit den Unternehmern erzielt ist.

Die Arbeiter werden von den Gewerkschaften ermahnt, strengste Disziplin zu halten, sich in den Werken korrekt zu benehmen, Sabotageakte oder Diebstähle, die den Arbeitern angehängt werden können, zu verhindern und sich nicht von Provokateuren aufreizen zu lassen. Soweit bekannt, will sich die Besatzungsbehörde in diese neue Art gewerkschaftlichen Kampfes nicht einmischen; von der deutschen Polizei erwartet man das gleiche.

Die Arbeiter wissen, um was es geht. Der Ausgang des Kampfes ist entscheidend für die gesamte deutsche Arbeitererschaft. Geht im besetzten Gebiet der Achtstundentag verloren, dann ist er für ganz Deutschland verloren; dann ist auch jegliches Mitbestimmungsrecht über die sonstigen Arbeitsbedingungen und über die Lohnfrage erledigt. Die gewerkschaftlichen Organisationen haben wiederholt betont, daß sie keineswegs die wirtschaftlichen Notwendigkeiten berückichtigen. Sie sind im Interesse einer halbigen Wiederaufrichtung des deutschen Wirtschaftslebens bereit, unter Beibehaltung des gesetzlichen Achtstundentags und unter Bezahlung von Ueberstundenzuschlägen eine längere Arbeitszeit mit den Unternehmern zu vereinbaren.

Die Unternehmer haben sich am Dienstag endlich bereit erklärt, am Donnerstag vor dem Reichskommissar zu Einigungsverhandlungen mit den Vertretern der Gewerkschaften zu erscheinen. Wie sich diese Verhandlungen gestalten werden, erhellt ein Beschluß der Vertreter der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlwerke, nur in denjenigen Betrieben die Produktion aufzunehmen, in denen sich die Arbeitererschaft mit der Wiedereinführung der zehnstündigen Schicht einverstanden erklärt hat.

## Das Geld im besetzten Gebiet.

Im Einvernehmen mit der Reichsregierung ist es gelungen, ein gemeinsames wertbeständiges Geld aller Gemeinden des besetzten Gebiets zu schaffen, und zwar eines Gebiets, das sich von Dortmund bis nach Ludwigshafen erstreckt und Rheinland, Westfalen, Hessen-Nassau, Hessen und die Rheinpfalz umfaßt. Dieses Geld wird gedeckt durch eine gemeinsame 6prozentige, auf wöchentliche Kommunalanleihe der beteiligten Städte und Landkreise und der sonstigen kommunalen Verbände im besetzten Gebiet, für die die gesamten Körperschaften solidarisch haften, ferner durch 6prozentige Reichsgoldanleihe und durch 6prozentige Reichsschatzantweisungen. Die Einlösung dieses Geldes erfolgt nach Aufruf.

Die Einheit ist eine Goldmark (4,2 Goldmark = 1 Dollar). Die Regierung wird eine Verordnung erlassen, durch die die Stadtkreise und die Gemeindeverbände ermächtigt werden, anzuordnen, daß alle Zahlungen an sie nur in von ihnen auszugehendem wertbeständigem Gelde geleistet werden dürfen. Dadurch wird erreicht, daß das wertbeständige Geld immer wieder den Gemeindefassen zufließt. Die Ausgabe des wertbeständigen Geldes erfolgt durch die Landesbank der Rheinprovinz, die für die gesamten Landesbanken die Geschäfte wahrnimmt.

Die Gemeinden werden ihrerseits das gesamte Notgeld, das sie bisher ausgegeben haben, am 1. Januar 1924 aufrufen und spätestens bis zum 1. Februar 1924 einlösen. Inzwischen sind die städtischen Notenpressen stillgelegt worden oder werden — entsprechend dem Vorgehen des Reiches — jetzt stillgelegt werden. Am 1. Januar werden die Städte allgemein zur Goldrechnung übergehen und dementsprechend einen Uebergangshaushaltplan für die Zeit vom 1. Januar bis 30. März 1924 aufstellen. Mit der Befassung hat man die notwendigen Verhandlungen eingeleitet.

Das neue wertbeständige Geld wird eine unbegrenzte Umlaufsfähigkeit haben. Es wird also auch außerhalb des besetzten Gebiets angenommen werden.

## „Das Verbrechen am sächsischen Volk“.

Wegen eines Artikels des „Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes“, der am 1. November in der „Dresdner Volkszeitung“ unter der Überschrift „Das Verbrechen am sächsischen Volk“ erschienen ist, will die Staatsanwaltschaft auf Antrag des Generalis Müller gegen den verantwortlichen Redakteur, Landtagsabgeordneten Genossen Sachs, Klage erheben. Die Staatsanwaltschaft hat den sächsischen Landtag um Aufhebung der Immunität ersucht. Der Rechtsausschuß hat diesem Ersuchen mit einer Mehrheit von 9 gegen 8 Stimmen zugestimmt. Die endgültige Entscheidung hat jedoch das Plenum des Landtags.

Der in Frage kommende Artikel wandte sich gegen die Begleitumstände, unter denen feinerzeit die sächsischen Minister aus ihrem Amt entfernt wurden. Das Vorgehen des Militärs erregte weit über die Sozialdemokratische Partei hinaus Entrüstung und mißliebige Aufsehen. Es wäre gut gewesen, die Reichswehr hätte das Tatgefühl, das General Müller nicht nur in diesem Falle von Andersgesinnten verlangt, selbst gezeigt.

## Dollar Amtliche Notiz 4,2 Billionen vom Mittwoch

### Baldwin soll bleiben.

Das geklagene konservative Kabinett Englands hat am Dienstag die erste Sitzung nach den Wahlen abgehalten. Ueber die Entschlüsse wird folgende offizielle Erklärung ausgegeben:

Nach sorgfältiger Prüfung der konstitutionellen Präzedenzfälle und deren Anwendung auf die gegenwärtige Lage, die durch das Ergebnis der allgemeinen Wahlen entstanden ist, hat das Kabinett einstimmig beschlossen, es sei keine konstitutionelle Pflicht, dem Parlament so bald als irgend möglich gegenüberzutreten. Das Parlament wird daher, wie bereits vorher vorgesehen, am 8. Januar zusammentreten.

„So bald wie möglich“ ist das nicht. Der Termin des 8. Januar war schon vor der Wahl festgesetzt, als die Minister noch fest auf ihren Sieg rechneten. Nun sind nicht weniger als sechs Minister geschlagen worden, aber sie wollen trotzdem das späte Datum nicht aufgeben. Sie „bleiben“ auf ihren Plätzen, von denen die Wähler sie schon heruntergestoßen haben.

Dieses Bleiben ist aber in England mit seinen festgewurzelten demokratischen Ueberlieferungen nicht so leicht durchzuführen. Baldwin selbst folgt offenbar weniger seiner Neigung als dem Drängen seiner Kollegen. Es wird nämlich bekannt, daß er in seiner Unterredung mit dem König die Absicht geäußert hat, zugunsten eines andern konservativen Abgeordneten oder einer Gruppe aus Mitgliedern der beiden „konstitutionellen“ Parteien zuzutreten, falls dem König ein Kabinett angenehmer wäre, das nur aus diesen konstitutionellen Parteien bestände. Der König hat darauf erwidert, daß er, falls Baldwin resignieren würde, nach Ramsay MacDonald, dem Führer der Arbeiterpartei, werden müsse, damit dieser eine Regierung bilde. Der König will damit dem Rate zuverlässiger Rechtsverständiger und politischer Freunde folgen, die ihn darauf aufmerksam gemacht hätten, daß dies der einzige konstitutionelle Weg sei.

Der König ist danach gut beraten. Seine Haltung ist zweifellos konstitutionell. Aber die konservativen Minister wollen die schnelle Berufung des Arbeiterführers verhindern in der Hoffnung, daß es inzwischen gelingen könne, mit einem Teile der Liberalen eine Koalition zu bilden und dadurch die Arbeiterregierung zu vermeiden.

Macdonald hat erklärt, daß für ihn persönlich eine Koalition mit den Liberalen nicht in Betracht komme. Die Vertretung der Partei wird wahrscheinlich ähnlich entscheiden. Sie macht sich heute darüber schlüssig. Eine Arbeiterregierung ist daher nur dann möglich, wenn die Liberalen sie ohne ausdrückliche Verbindung unterstützen.

Ob das eintreten wird, muß sich in den nächsten Wochen entscheiden.

## Notizen.

Der Verkehr mit dem besetzten Gebiet. Die Verhandlungen zwischen den deutschen Behörden und den französischen Besatzungsorganen über die Wiederaufnahme des Zugverkehrs zwischen Frankfurt a. M. und dem besetzten Gebiet haben zu einer Einigung geführt. Zur Wiederaufnahme des Eisenbahnbetriebs im Brückenkopf Rehl wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß bei Besprechungen zwischen Vertretern der deutschen und französischen Behörden in Rehl die Wiederaufnahme des Betriebs beschlossen wurde. Das deutsche Personal fehlt, soweit erforderlich, in den Dienst zurück. Der Personenverkehr wird mit Einschränkungen vom Donnerstag ab auf allen Strecken des Brückenkopfes Rehl aufgenommen. Weiter werden Verhandlungen über die Wiederaufnahme des Verkehrs zwischen der Eisenbahndirektion Köln und der britischen Militärdelegation gepflogen. Es besteht die Hoffnung, daß sich bis Weihnachten wieder der glatte Verkehr auf allen Strecken des alt- und neubesetzten Gebiets abwickeln kann.

Die Unternehmer einigen sich. Zwischen verschiedenen Konzernen der Ruhrindustrie und der lothringischen Industrie, in erster Linie den Besitzern der großen lothringischen Erzgruben wie der Wendel und andern, schweben seit dem Abschluß der Verträge zwischen der französisch-belgischen Ingenieurkommission und den Ruhrindustriellen wieder Verhandlungen über den Abschluß langfristiger Verträge über Lieferung von Erz in Austausch gegen Koks. Wie von industrieller Seite mitgeteilt wird, ist mit dem baldigen Zustandekommen derartiger Lieferungsverträge zu rechnen, da der Koksbedarf der Ruhrgruben auf die Dauer anders kaum in ausreichendem Maße sichergestellt werden kann.

Verhaftung von Stahlhelmlenten in Hamburg. Etwa 40 bis 50 Angehörige des „Stahlhelms“ und der „Frontsoldaten“ sind am Montag abend von der Hamburger Polizeibehörde wegen Teilnahme an einer verbotenen Versammlung festgenommen worden. Die Vernehmung der Festgenommenen ist noch nicht beendet.

Verbot der Kontrollausflüsse in Thüringen. Der Militärbefehlshaber in Thüringen hat eine Verordnung erlassen, nach der Kontrollausflüsse, die es sich anmaßen, neben den amtlichen Organen oder auch gegen diese Lebensmittelpreise zu kon-

trollieren und Lebensmittel zu beschlagnahmen, als ungesetzlich verboten werden. Zuwiderhandlungen werden bestraft.

Verbotener Kampfbund deutscher Offiziere. Der jüngst gegründete Kampfbund deutscher Offiziere, der nach den polizeilichen Feststellungen sich als Fortsetzung des aufgelösten Kampfbundes sowie als Geheimverbindung darstellt, wurde von der Polizeidirektion München verboten und aufgelöst. Er wird bald wieder in Erscheinung treten.

Sonderblindler vor dem Staatsgerichtshof. Am 1. November findet vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik der erste Prozeß gegen einen Sonderblindler statt. Angeklagt ist Dr. Graf Günter von der Schulenburg aus einem hannoverschen Adelsgeschlecht, der in den Jahren 1920 und 1921 an der Bewegung der Sonderblindler im Rheinland aktiv teilgenommen haben soll. Der Prozeß wird unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden.

Sowjetrußlands Zukunft schwebt in der Luft. Französische Flugzeuge für Sowjetrußland werden jetzt von einer Sowjetmission angekauft. Eins ihrer Mitglieder erklärte einem Ausrufer, jetzt und in Zukunft hätten deutsche Flieger mit Sowjetfliegerei nichts mehr zu tun. Sowjetrußlands Zukunft liege also in der Luft zu liegen, wie einst Deutschlands Zukunft auf dem Wasser. Jetzt liegt sie im Sumpf und droht darin zu versinken.

## Depeschen.

Folgen des österreichischen Poststreiks.

Wb. Berlin, 12. Dezember. Wegen der durch den Ausfall der Post- und Telegraphenangelegten in Oesterreich hervorgerufenen Betriebsunterbrechungen werden vorläufig Telegramme und Pakete nach Oesterreich und darüber hinaus von den Postanstalten zur Beförderung nicht angenommen. Briefsendungen werden angenommen, doch ist ihre Weiterbeförderung zweifelhaft.

Amerikanische private Vertreter.

Wb. Paris, 12. Dezember. Die Meldung, daß Präsident Coolidge gestern mitgeteilt hat, die Entsendung privater Sachverständiger Amerikas zur Reparationskommission werde angenommen werden, wird vom „Matin“ als eine Nachricht bezeichnet, die man mit tiefster Befriedigung aufnehmen. Die Arbeit der Sachverständigen werde zwar die Länder, denen sie angehören, nicht verpflichten, aber sie werden einen technischen und moralischen Wert haben.

Wb. London, 12. Dezember. Der diplomatische Berichtserstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, der Beschluß Coolidges, die Mitwirkung amerikanischer Finanzsachverständiger bei der geplanten neuen Reparationsuntersuchung zu billigen, werde in London warm begrüßt. Es würde ohne eine derartige Mitwirkung möglicherweise überhaupt zu keiner Untersuchung kommen sein.

Die englische Krise.

Wb. London, 12. Dezember. Baldwin hatte gestern mit Asquith und Ramsay MacDonald Besprechungen. Der Premierminister machte beiden Parteiführern von seinem Entschluß Mitteilung, bis zum Zusammentritt des Parlaments im Amt zu bleiben. (Siehe die Uebersicht „Baldwin soll bleiben“.)

Wb. London, 12. Dezember. „Daily Chronicle“ schreibt, die Regierung habe nach einer Untersuchung herumgesehen, aber die inspirierten Meldungen, nach denen Baldwin vielleicht eine wohlwollende Unterstützung der Liberalen erhalten könne, seien unwahr. Baldwin werde keine Unterstützung der Liberalen Partei erhalten. Ebenso unwahr sei die Mitteilung, daß Asquith in irgendeiner Form etwas Derartiges zugesagt habe.

Wie Frankreich befehlt.

Wb. Washington, 12. Dezember. (Reuter.) Einer hier eingelaufenen Nachricht zufolge verlautet, daß Deutschland die Teilnahme an dem Ausschuh der Reparationskommission zur Untersuchung der Finanzlage Deutschlands und zur Ausgleichung des deutschen Staatshaushalts, nicht aber an dem Ausschuh zur Untersuchung der aus Deutschland weggeführten Kapitalien gestattet werde.

Revolverversuch in Siffahon.

Wb. Paris, 12. Dezember. Nach einer Kavabmeldung aus Siffahon wurde in der Nacht zum Dienstag ein Angriffsvorfall gegen das Palais des Präsidenten der Republik von der Wache des Palais zurückgewiesen. Es habe sich darum gehandelt, dem Präsidenten ein neues Kabinett aufzuzwingen. Der Versuch dürfte von Extremisten mit Unterstützung der Mannschaff des Torpedoboots „Douro“ unternommen worden sein.

Wb. Madrid, 12. Dezember. Ein heißes Blatt veröffentlicht folgende Mitteilungen über die Zwischenfälle in Siffahon. Vorgestern abend 9 Uhr hätte ein starker Angriffsvorfall gegen das Palais des Präsidenten der Republik stattgefunden. Die Wache habe jedoch auf die Angreifer geschossen, die das Feuer mit zwei Bombentwürfen erwiderten, ohne Schaden anzurichten. Darauf habe die Wache von neuem geschossen, wodurch ein Angreifer getötet und mehrere verwundet wurden. Ein weiterer Angriffsvorfall gegen das Palais des Präsidenten sei um 11 Uhr unternommen worden. Auch dieser Angriff sei zurückgewiesen worden. Die Unternehmung hätte die Errichtung einer Diktatur zum Ziele gehabt, auf die ein extremistisches Kabinett hätte folgen sollen.

Familienwahlrecht in Frankreich.

Wb. Paris, 12. Dezember. Der gestern in der Kammer zur Ausschüßberatung angenommene Gesetzesentwurf betreffend die Familienabstammung hat auch die Billigung des Kabinetts gefunden. Der Minister des Innern erklärte im Laufe der Debatte, das Kabinett werde Maßnahmen ergreifen, um der weichen Enibölerung vorzubeugen und vor der Kammer die Berücksichtigung der hinderlichen Familien durch das Wahlrecht zu unterstützen. (Siehe Notizen, Red.)

Ein Streikbrecherführer gestorben.

Wb. Newhork, 12. Dezember. Blättermeldungen zufolge ist der Detektiv Pinkerton in Los Angeles gestorben. (Dieser Pinkerton hat im Solde der Unternehmer in den Vereinigten Staaten die Streikbrecherbanden gebildet, die die Arbeitswilligen beschützten und mit Waffengewalt gegen die streikenden Arbeiter vorgingen. Daher der Name „Pinkertongardien“. Red.)

Opfer eines Grubenbrandes.

Wb. Gindenburg, 12. Dezember. Der bereits gemeldete Grubenbrand auf den Delbrückschächten forderte noch fünf Opfer. Die bisher vermischten fünf Arbeiter sind als Leichen geborgen worden.

**Warum benutzt die Hausfrau Feurio?**

Weil sie dadurch die Lebensdauer ihrer Wäsche verlängert, denn Feurio Haushaltsseife enthält 80% Fett, greift also die Wäsche nicht an und ist im Gebrauch viel sparsamer als Kernseife.

**Feurio!**

Vereinigte Seifenfabriken Stuttgart A.-G.

TRUEB



Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 13. Dezember 1923.

Reichsindex.

Der Reichsindex für die Lebenshaltungskosten beträgt nach Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Montag den 10. Dezember das 1269milliardensache der Vorkriegszeit. Er ist also gegenüber dem 3. Dezember von 1515 Milliarden auf 1269 Milliarden gesunken. Die prozentuale Abnahme, die in der Vorwoche 1,3 Prozent betrug, hat sich auf 16,2 Prozent gesteigert.

Dabei muß festgestellt werden, daß der ganze Reichsindex für den Lohnempfänger nur theoretische Bedeutung hat, da die Preise weit über dem Friedensstand liegen, während die Löhne bedeutend niedriger sind als vor dem Krieg. Eine Entspannung kann nur eintreten, wenn die Preise weiter eine bedeutende Senkung erfahren.

Die Entscheidung der Metallarbeiter.

Sie fiel gegen Moskau aus. Die Vernunft hat gesiegt, abgesehen Moskau mit einem Flugblatt am Tage vor der Wahl, auf dessen Inhalt es sich nicht einzugehen verlohnt, für sich die Situation zu retten versuchte. Unsere Genossen im Metallarbeiterverband wußten, was auf dem Spiele stand und waren in die Generalversammlung geeilt, um ihr Votum gegen die Kästerer und Phrasenreue abzugeben.

Solche Versammlung hat der „Kristallpalast“ noch nicht gesehen. 4950 Metallarbeiter standen eng zusammengedrängt in dem großen Saal und immer noch drängte es von den Eingängen her nach. Viele kehrten wieder um. Kein Magdeburger Lokal hätte die Massen zu fassen vermocht, die herbeigeströmt waren, um in der Entscheidungsstunde dabei zu sein.

Drinnen versuchten drei Kommunisten, gegen die alte Verbandsleitung Stimmung zu machen. Kein Wort der Kritik an dem Geschäftsbericht! Aber die Verbandsleitung hat zu verschwinden, weil... weil... Die Kommunisten konnten selbst nicht angeben warum. Und so zogen sie ihre alten Lebenslitter aus der Tasche: sozialdemokratischen Arbeitererrat im allgemeinen.

Es zog aber alles nicht. Die Metallarbeiter wollten Gründe hören und keine albern Redensarten. Diese praktierten ab an der Tatsache, daß es die Verwaltung Kaufers verstanden hat, trotz der furchtbaren Wirtschaftskrise die Mitgliederzahl stabil zu halten und das Lohnniveau über dem allgemeinen in Deutschland. Solche Tatsachen sind auch mit kommunistischer Zungenfertigkeit nicht aus der Welt zu reden.

Die große Mehrheit der Versammlung gab denn auch ihrer Zufriedenheit mit der Verwaltung Kaufers in der Abstimmung Ausdruck. Es erhielten Stimmen:

- Liste Kaufers 2500, Liste Magdanz 1744.

Das Ergebnis zeigt, daß zirka 700 Metallarbeiter unerschütterlich waren, für welche Liste sie sich entscheiden sollten. Sie waren wohl im Betrieb gegen Kaufers aufgebracht worden, saßen aber dann die Zügellosigkeit der kommunistischen Anwürfe und enthielten sich dann der Stimme.

Die Absenkerliste verlief, abgesehen von Zwischenrufen „Arbeiterberräter“ usw., in musterhafter Ruhe. Die Kommunisten hatten sich eben, wie immer, verrechnet. Sie buchten den starken Versammlungsbesuch auf ihr Konto und wollten durch den traditionellen Kadaver den Sieg nicht gefährden. Heute stehen sie da wie jener betäubte Lohgerber, dem die Helle weggeschwammen.

Das Spiel mit dem Leben.

Mit dem Zirkus Henry sind auch Löwen, Tiger und andre, ähnlich geartete Herrschaften nach Magdeburg gekommen. Da wird es interessanter, von einem Sachmann zu hören, in welcher Form sich der Verkehr zwischen den wilden Tieren und ihrem Dompteur abspielt. Der weltbekannte Dompteur Otto Sailer-Jackson, der gegenwärtig im Zirkus Busch (Berlin) tätig ist, hat einem Redakteur des „Berliner Sozialanzeigers“ darüber erzählt:

Um ein Tier dressieren zu können, muß man seine Sprache verstehen. Der Tiger hat eine Sprache. Und ich verstehe diese

Sprache. Ich lese ihm alles aus den Augen heraus. Weiß genau, was er will, wie ihm zumute ist, ob er Schmerzen hat oder nicht, ob er bei guter Laune ist. Ich sehe es ihm an, ob ich ihm einen Kuß auf den Schnauzbart geben kann, oder ob ich zur Waffe greifen muß. Mein Mittel ist zunächst die Steigerung meiner Stimme. Das Tier merkt es mir sofort an, ob ich gut zu ihm spreche oder ob ich ihm scharf befehle. Ich versuche tagtäglich, meinen Tieren näher zu kommen, ihre eigenartige Sprache zu studieren — aber letzten Endes stehe ich doch oft immer wieder vor einem Rätsel, in das ein Mensch fast unmöglich einbringen kann.

Es ist tagtäglich ein Spiel mit dem Leben. Wie ich meine Tiere zu bezwingen versuche, so muß ich selber immer darauf achten, im Zwinger in Bewegung zu bleiben. Ich darf nie denselben Stand ein zweites Mal einnehmen. Trage ich heute den Sattel oder irgendein anderes Requirat in die rechte Käfigecke, so muß ich es morgen nach der linken befördern; denn die Tiere versuchen es dauernd, mich zu überlisten. Ich fühle instinktiv, wie sie nachdenken, wie sie überlegen, wie sie wissen, daß ich gestern in dieser Ecke stand, und wie sie nun darauf warten und lauern, daß ich mich wieder dorthin stelle. Gewiß — die Tiere lieben mich. Aber es sind Raubtiere, und in ihnen herrscht nun einmal der Drang zum Zerstreuen, zum Zerreißen vor. In dem Augenblick, wo ich versuche, ihnen meinen Willen aufzuzwingen, verwandeln sie sich vom Tiere zur Bestie. Und meinen Willen muß ich ihnen doch jeden Morgen bei der Probe und jeden Abend bei der Vorführung aufzwingen. Deshalb muß ich immer auf der Hut sein, heute als alter Dompteur noch wie damals vor vielen, vielen Jahren, als ich zur Weichte griff.

Ueber den Preis seiner als bengalischer Tiger befragt, erklärte Jackson: So genau kann ich das im Moment nicht feststellen; die Tiger mit allem Drum und Dran, also mit Käfigen und Requiraten, schätze ich auf 400 000 Goldmark. Sie werden mit Pferdefleisch gefüttert, bekommen in der Woche — bei einem Falttag — sechs bis je 10 bis 12 Kilogramm pro Raj. 1 Kilogramm kostet 800 Milliarden. Es sind also ziemlich teure Kostgänger.

An unsre Wochenbezieher!

In der Weihnachtswochen fallen infolge der Feiertage zwei Nummern der „Volksstimme“ aus. Diesen Ausfall werden wir durch größeren Umfang einiger Nummern auszugleichen suchen. Wir wollen aber unsere Lesern noch dadurch entgegenkommen, daß wir für die letzte Dezemberhälfte den Bezugspreis für diese

zwei Wochen auf 1,50 Goldmark

gleich 1 1/2 Millionen Papiermark festlegen. Bei dem bisherigen Wochenpreise von 850 Milliarden ergibt sich damit eine Ermäßigung von 200 Milliarden. Voraussetzung dabei ist, daß der gesamte Betrag von 1,50 Goldmark in der Woche vor dem Feste auf einmal gezahlt wird. Wir bitten unsre Leser, diesen Betrag für unsre Zeitungsfrauen bereitzustellen. Verlag der Volksstimme.

Gemeindewahlen am 9. März.

Ein neues Gemeindevahlgeseß für Preußen haben die vier Koalitionsparteien soeben im Landtag eingebracht. Danach sollen die Gemeindevahlen am 9. März 1924 stattfinden, aber nur in den Städten und Landgemeinden, deren Gemeindevorstellung schon vor dem 1. Januar 1923 gewählt sind; die Gemeindevahlen des Jahres 1923 behalten also auch nach dem 9. März 1924 Geltung, ebenso bleiben ihre Magistrate usw. bestehen. Der Antrag regelt auch noch einige weitere Punkte des Gemeindevahlgeseßs, insbesondere dehnt er die Einrichtung des Wahlzirkels, der bisher nur den aus den besetzten Gebieten verdrängten Personen zugute kam, vor allem auf solche Gemeindevähler aus, die nicht in die Bürgerlisten eingetragen sind und ohne ihr Verschulden die Einbürgerung verweigert haben.

Vortragabend für die weltlichen Schulen.

Der Bund der freien Schulgenossen Deutschlands veranstaltet am Freitag den 14. d. M. von 7/8 Uhr ab im Bürgeraal des alten Rathauses für die Lehrer und Eltern der weltlichen Schulen und der Berufsschule einen Vortragabend. Karl Menck, Dozent an der Hochschule für Politik in Berlin, spricht über gesellschaftliche Erneuerung als religiöses Problem. Wir fordern die Lehrer und Eltern unserer weltlichen Schulen hiermit auf, sich recht zahlreich an dieser Veranstaltung zu beteiligen.

Senkung der Viehpreise in Berlin. In Berlin wurde am Mittwoch durch das energische Eingreifen der Wucherpolizei eine Senkung der Fleischpreise um 30 bis 40 Goldpfennig pro Pfund durchgeföhrt. Die Polizei besetzte morgens den Berliner Viehof und verlangte von der Notierungskommission eine Festsetzung des Preises für Schweine erste Qualität auf 75 Pfennig. Nach stürmischen Protesten fügte sich der Ausschuß und notierte Schweinefleischpreis mit 1 Mark, Rinder, Küber und Schafe wurden frei gehandelt.

Die Sätze der Invalidenversicherung. Für die Invalidenversicherung sind ab 1. Dezember folgende Beiträge festgesetzt:

Table with 4 columns: Bei einem Eobne in Millionen von, monatlich, Lohnklasse, Wochenbeitrag in Milliarden. Rows show values for 11,666 to 58,333 and Lohnklasse 44 to 50.

Den Barlohn ist der Wert der Sachbezüge, also freie Station, Deputate, Naturalien usw., hinzuzurechnen. Marken zu alten Preisen werden auch für zurückliegende Zeiten nicht mehr abgegeben.

Vorauszahlungen auf die Gewerbesteuer. Die Bemessung der Verhältniszahl für die Gewerbesteuer ist auf den Magistrat und den Haushaltsausschuß der Stadtverordneten-Versammlung gemeinsam übertragen worden.

Postdienst am 24. Dezember. Für Montag den 24. Dezember hat die Postverwaltung auf Grund der in den Vorjahren gewonnenen Erfahrungen einige nach der Verfehlslage angängige Dienstbeschränkungen angeordnet. Die Posthalter werden im allgemeinen um 4 Uhr nachmittags geschlossen. Der Zustelldienst soll möglichst zu demselben Zeitpunkt zu Ende geföhrt sein. Die Briefkastenentleerungen werden so geregelt, daß die letzte Leerung gegen 7 Uhr abends beendet ist. Im Telegramm- und Fernsprechsprechdienst treten keine Beschränkungen ein. Es liegt im Interesse der Allgemeinheit, Postsendungen an diesem Tage möglichst frühzeitig einzuliefern.

Der Brotpreis beträgt nach einer Bekanntmachung der Väterinnung vom 13. Dezember an 650 Milliarden Papiermark.

Unterstützung Erwerbsloser am Aufenthaltsort. Nach einer Entscheidung des Reichsarbeitsministers ist für die Unterstützung Erwerbsloser, die bis zum Eintritt der Unterstützungsbedürftigkeit infolge ihrer Berufstätigkeit entweder keinen Wohnort hatten oder sich an ihrem Wohnort in der Regel nicht aufhalten konnten (zum Beispiel Binnenschiffer), die Gemeinde zuständig, in der sie beim Eintritt der Unterstützungsbedürftigkeit ihren Aufenthalt hatten. Der Minister für Volkswohlfahrt weist dem „Allgemeinen Preussischen Pressedienst“ zufolge, in einem Erlaß darauf hin, daß diese Auslegung nicht dazu führen darf, daß arbeitslose Personen umherziehen, um an einem beliebigen Orte die Erwerbslosenunterstützung in Anspruch zu nehmen.

Ueber die Räffel der vierten Dimension spricht am Freitag dieser Woche, abends 7 Uhr, Redakteur Dr. Erich Krüger in der Aula der Kunstgewerbeschule vor der Arbeitsgemeinschaft des graphischen Gewerbes. Eintritt 10 Pfennig.

Zirkus-Henny-Gastspiele im Blumenfeldgebäude in Magdeburg haben infolge der Güte und Mannigfaltigkeit der gebotenen Leistungen andauernd guten Besuch zu verzeichnen. Magdeburg, bekannt als Sport- und Zirkusstadt bringt dem Zirkus Henny weitgehendes Interesse entgegen. Abgesehen von dem erstklassigen Artistenpersonal zeigt das Unternehmen einen riesigen Bestand wilder und gezähmter Raubtiere. Außerdem: Elefanten, Kamele, Dromedare, indische Zebus, Wasserbüffel und Steppenbinder. Den Spiel tierischer Intelligenz zeigen die von dem amerikanischen Dompteur William Balles-Bilke vorgeführte Cirkelgruppe sowie die von dem Tierbändiger Henry vorgeführten taufischen Braunbären und Tigerböggen. Am Sonntag finden zwei Vorstellungen statt und zwar nachmittags 3 1/2 Uhr und abends 7 3/4 Uhr. Das Programm der Nachmittagsvorstellung ist ebenso reichhaltig wie in den Abendvorstellungen. Kinder zahlen nachmittags nur halbe Eintrittspreise.

Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Stadttheater. Freitag (3. Abend): Der Schatzgräber. — Sonnabend nachmittag 4 Uhr: Die Puppenfee; abends (4. Abend): Gygis und sein Ring. — Sonntag vormittag 11 1/2 Uhr: Die Puppenfee; abends (Anrecht aufgehoben): Undine.

Witzleben-Theater. Freitag, nachmittags 3 Uhr: Der Puppen-schuster; abends (Vorstellung für die Gesellschaft für Theater und Kunst): Die Lausbuben. — Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Der Puppen-schuster; abends (offene Vorstellung): Doppelfeldmord.

Erste Liebe.

Von J. S. Lurgensjew.

(14. Fortsetzung.)

XVII.

Am folgenden Tage bekam ich Sinoida nur flüchtig zu sehen: sie fuhr mit ihrer Mutter in einer Droschke irgendwohin. Dagegen sah ich Lufschin, der mich übrigens kaum eines Grußes würdigte, und Malewski. Der junge Graf lächelte und knüpfte freundlich ein Gespräch mit mir an. Von all den Herren, die bei Sasjekins verkehrten, war er der einzige, der es verstanden hatte, sich zu unserer Hause Zutritt zu verschaffen und meiner Mutter zu gefallen. Mein Vater machte ihn nicht und behandelte ihn mit einer Höflichkeit, die etwas beleidigendes hatte.

„Ah, monsieur le page“, begann Malewski. „Ich freue mich sehr, Ihnen zu begegnen. Was macht Ihre schöne Königin? Sein fröhliches, hübsches Gesicht war mir in diesem Augenblick so widerwärtig und die Scherzhaftigkeit, mit der er mich anblinzelte, hatte etwas so Geringschätziges, daß ich ihn überhaupt keine Antwort gab.“

„Sind Sie immer noch böse?“ fuhr er fort. „Dazu ist doch kein Grund vorhanden. Ich bin es ja nicht gewesen, der Sie zum Pagen ernannt hat; und was ich gesagt habe, war doch ganz harmlos, da Pagen eben die besondere Obliegenheit haben, um die Königinnen zu sein. Aber erlauben Sie mir, Ihnen zu bemerken, daß Sie Ihre Pflicht schlecht erfüllen.“

„Wie?“

„Ein Page muß von seiner Gebieterin unzertrennlich sein: ein Page muß alles wissen, was sie tut; er muß sogar“, fügte er leiser hinzu, „bei Tag und bei Nacht über sie wachen.“

„Was wollen Sie damit sagen?“

„Was ich damit sagen will? Ich meine, ich drücke mich hinreichend deutlich aus. Bei Tag — und bei Nacht. Bei Tag ist die Sache noch nicht so schlimm; bei Tag ist es hell und belebt; aber bei Nacht, da kann sich auf das Leichteste ein Unglück begeben. Ich bei Nacht, bei Nacht nicht zu schlafen, sondern Wache zu halten, auf sorgsamste Wache zu halten. Erinnern Sie sich: im Garten, wach, beim Springbrunnen. — Da müssen Sie Posten stehen. Sie werden mir noch für meinen Rat danken.“

Malewski lachte und wendete mir den Rücken. Wahrscheinlich war das, was er mir sagte, nur so leichtfertig hingeredet; er stand in dem Hof, andre vorzüglich unglückselig zu können, und rümpfte sich jener Gesprächigen, auf Wankstühlen die Leute zum

besten zu halten, wobei ihm die fast unbewußte Verlogenheit außerordentlich half, von der sein ganzes Wesen durchdränkt war. ... Er wollte mich ja wohl nur foppen; aber doch rann jedes seiner Worte wie Gift durch alle meine Adern. Das Blut kochte mir in den Kopf. „Ha, also so ist das! Schön, schön! Nicht ohne Grund hat es mich also in den Garten gezogen!“ jagte ich zu mir selbst. „Nein, das darf nicht so gehen!“ rief ich laut und schlug mich mit der Faust gegen die Brust, obgleich ich eigentlich nicht durfte, was nicht so gehen dürfte. „Oh wohl! Malewski selbst in den Garten kommt!“ dachte ich. „Nellekisch hat er über sich selbst etwas ausgeplaudert; froh genug ist er. Oder ein anderer?“ (Die Einfriedigung unseres Gartens war sehr niedrig, und es kostete keine Mühe, hindurchzugehen.) „Aber welche dem, der mir in die Hände fällt! Ich möchte niemand raten, mir zu begegnen! Ich werde der ganzen Welt und ihr, der Verräterin, (ich nannte sie wirklich Verräterin!) zeigen, daß ich mich zu rächen verstehe!“

Ich lehrte in mein Zimmer zurück, nahm aus meinem Schreibtisch ein englisches Taschenmesser, das ich mir nicht lange vorher gekauft hatte, befehlte die Scharfe der Schärpe und steckte es mir in meiner Tasche und kalter, unerschütterlicher Entschlossenheit in die Tasche, als wären solche Affären mir nichts Neues und nichts Ungewöhnliches. Mein Herz erfüllte sich mit wildem Grimm und verhärtete sich zu Stein. Bis zur Nacht hielt ich meine Augenbrauen zusammengezogen und die Lippen fest aufeinandergepreßt; ich schritt fortwährend auf und nieder, umschloß trampfhaft in der Tasche mit der Hand das warm gewordene Messer und bereitete mich im voraus auf etwas Schreckliches vor. Diese neuen, mir bisher unbekanntem Empfindungen beschäftigten, so vergnügten mich derart, daß ich an Sinoida eigentlich nur wenig dachte. Beständig ging mir die Szene zwischen Melo und dem jungen Zigeuner durch den Kopf:

„Wahin, mein schöner, junger Mann? Wiesig liegen...“

und dann:

„Mit Blute bist du ganz bespritzt! Was hast du nur getan? — O, nichts!“

„Mit wie grausamem Lächeln wiederholte ich dieses „O, nichts!“ Mein Vater war nicht zu Hause; aber meine Mutter,

\*) Mit diesen Worten ersticht in Büschlins Dichtung „Die Zigeuner“ Melo den ertappten Galan seines Weibes Semfira, als dieser auffspringt und fliehen will. Das zweite Zitat enthält Worte Semfiras und die Antwort Melos.

Korrekturen des Uebersetzers.

die sich seit einiger Zeit fast beständig in einem Zustand ungewisser Aufregung befand, bemerkte beim Abendessen meine grimme Miene und fragte mich: „Warum machst Du denn ein Gesicht, als wenn Du einen freissen wollest?“ Ich antwortete nur durch ein freundlich überlegenes Lächeln und dachte bei mir: „Wenn sie es wüßte!“ Es schlug elf Uhr; ich ging auf mein Zimmer, kleidete mich aber nicht aus; ich wartete auf die Winternacht; endlich schlug es zwölf. „Nun ist es Zeit!“ murmelte ich durch die Zähne; ich knöpfte mir die Jacke bis oben zu, kramelte mir sogar die Rockärmel auf und begab mich so nach dem Garten.

Ich hatte mir schon vorher eine Stelle ausgesucht, wo ich Wache halten wollte. Am Ende des Gartens, da, wo der Zaun, der unsern Bereich von dem Gassehensgarten scheidet, an die gemeinsame Mauer stieß, — dort stand eine einzelne Larve. Wenn ich unter ihren tief hinabreichenden, dünnen Zweigen stand, konnte ich, soweit es die nächtliche Dunkelheit gestattete, ganz gut sehen, was ringsumher vorging. Dort führte auch ein schmaler Weg vorbei, der mir immer schon geheimnisvoll erschienen war: in schlangartigen Windungen zog er sich am Zaune hin, der an dieser Stelle Spuren von Füßen trug, welche hinübergegangenen waren, und führte dann zu einer runden Laube aus dünnen Khasienstäben. Ich schlich mich zu der Larve, lehnte mich an ihren Stamm und begann meine Wache.

Die Nacht war eben so still wie die vorhergehende; aber es waren weniger Wolken am Himmel, und die Harrie der Sträucher, ja sogar der hohen Blumen waren deutlicher sichtbar. Die ersten Augenblicke des Wachsens waren qualvoll, fast unerträglich. Ich war zu allem entschlossen und überlegte nur, wie ich dabei durchgehen sollte. Sollte ich losdauern: „Wahin geht Du? Halt! Geheste oder stirb!“ oder sollte ich ihn einfach niederstoßen? ... Jeder Laut, jedes Rauschen und Säuseln schien mir bedeutsam, auffällig. ... Ich machte mich bereit. ... Ich beugte mich vor. ... Aber es verging eine halbe Stunde, es verging eine ganze Stunde: mein Blut beruhigte sich allmählich und kühlte sich ab; es beschlich mich der Gedanke, mein ganzes Unternehmen habe gar keinen Anlaß; die Larve, die ich spielte, sei sogar einigermaßen komisch; Malewski habe mich nur zum besten gehabt. Ich verließ mein Versteck und durchwanderte den ganzen Garten. Über nirgends war auch nur das geringste Geräusch zu vernehmen; alles lag in tiefer Ruhe; sogar unser Hund schlief auf einem Kränzel zusammengekrümmt, am Torpförtchen. Ich zog auf die Ruine der Orangerie, blinnte über das vor mir liegende weite Feld hin, dachte daran, wie ich hier Sinoida getroffen hatte, und versank in meine Gedanken. ...

(Fortsetzung folgt.)

